Schleswig-Holstein
Der echte Norden

Schleswig-Holstein
Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr, Arbeit, Technologie
und Tourismus

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und
Tourismus | Düsternbrooker Weg 94 | 24105 Kiel

Staatssekretärin

An den
Vorsitzenden
des Wirtschafts- und
Digitalisierungsausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Claus Christian Claussen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses des Schleswig-
Holsteinischen Landtages
Herrn Christian Dirschauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:
Frau Präsidentin des
Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

über das
Finanzministerium des
Landes Schleswig-Holstein
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5109

gesehen
und weitergeleitet
Kiel, den 08.08.2025
gez. Staatssekretärin Dr. Silke Torp

08. August 2025

Aktenvorlagebegehren Northvolt; Entstufung von Akten und Unterlagen;
- hier: Umdruck 20/1779

Dienstgebäude Düsternbrooker Weg 94, 24105 Kiel (Barrierefreier Zugang) | Telefon 0431 988-4406 | Telefax 0431 988-4408 |
julia.carstens@wimi.landsh.de | www.schleswig-holstein.de/wirtschaftsministerium |
E-Mail-Adressen: Kein Zugang für elektronisch verschlüsselte Dokumente.

Sehr geehrte Herren Vorsitzende,

die beiden Ausschüsse haben in der gemeinsamen Sitzung am 02. Juli 2025 beschlossen, verschiedene Umdrucke mit Schwärzungen öffentlich zur Verfügung zu stellen. Entsprechend des zwischen dem Landtag und der Landesregierung vereinbarten Verfahrens (vgl. Umdruck 20/4481 und Umdruck 20/4679) hat die Landesregierung eine vertiefte Prüfung des Umdrucks 20/1779 vorgenommen. Nach Prüfung kann der angehangene Umdruck mit Schwärzungen öffentlich gestellt werden. Die vorgenommenen Schwärzungen berücksichtigen dabei die neue Bewertungsgrundlage, die sich durch die öffentliche Bereitstellung des PwC-Gutachtens in geschwärzter Fassung durch den Bund (Umdruck 20/4945) ergeben hat.

Wie im Ausschuss vereinbart, ist der Umdruck zur besseren Nachvollziehbarkeit farblich geschwärzt. Folgende Farbe wurden verwendet:

- blau – Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Julia Carstens

Anlage:

- Umdruck 20/1779

Schleswig-Holstein
Der echte Norden

Schleswig-Holstein
Der Chef der Staatskanzlei

Der Chef der Staatskanzlei
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Minister

An den Vorsitzenden des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Claus Christian Claussen MdL

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1779
VERTRAULICH

An den Vorsitzenden des Finanzausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Lars Harms MdL

11. Juli 2023

Sehr geehrte Herren Vorsitzende,

anbei übersende ich Ihnen ein vertrauliches Schreiben zum Thema Ansiedlungsvorhaben Northvolt. Ich bitte Sie um kurzfristige Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Ansiedlungsvorhaben Northvolt“ auf die Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses (36.) und des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses (17.) am Mittwoch, dem 12. Juli 2023. In diesem Zusammenhang bitte ich um vertrauliche Behandlung des Tagesordnungspunktes.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dirk Schrödter

Schleswig-Holstein
Der echte Norden

Schleswig-Holstein
Der Chef der Staatskanzlei

- vertraulich -

Der Chef der Staatskanzlei
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Minister

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Lars Harms, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

An den
Vorsitzenden des Wirtschafts-
und Digitalisierungsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Claus Christian Claussen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:
Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein
Frau Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

nachrichtlich:
Finanzministerium des Landes
Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

VERTRAULICH

11. Juli 2023

Sachstand zum Ansiedlungsvorhaben einer Batteriezellfabrik in der Region Heide

Sehr geehrte Herren Vorsitzende,

der Landtag hat das Ansiedlungsvorhaben einer Batteriezellfabrik in der Region Heide („GigaFab“, „Northvolt Drei“) zuletzt mit Beschluss vom 24. November 2022 (Drs.

20/375(neu)) begrüßt und die Landesregierung gebeten, sich gemeinsam mit der Bundesregierung „auf europäischer Ebene für eine bessere Förderung solch innovativer Unternehmen und Technologien stark zu machen“.

Dieser Bitte ist die Landesregierung nachgekommen und hat gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und europäischen Institutionen in den vergangenen Monaten erörtert, wie den anzunehmenden Auswirkungen des IRA auf den Standort Europa, aber auch dem Ansiedlungsvorhaben von Northvolt in der Region Heide begegnet werden kann. Als Reaktion auf den IRA hat die EU-Kommission (KOM) am 09.03.2023 den TCTF-Beihilferahmen (Temporary Crisis and Transition Framework) angenommen. Dadurch soll eine Beschleunigung von Investitionen erreicht werden, die die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland sichern und für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft von strategischer Bedeutung sind und für die eine Gefahr besteht, dass diese Investitionen in Drittländer außerhalb des europäischen Wirtschaftsraums umgelenkt werden. Betroffen ist neben anderen Feldern auch die Herstellung von Batterien.

Am 12.05.2023 hat Northvolt öffentlich verkündet, dass es sich klar zum Standort in Heide bekennt und den Bau der GigaFab weiter voranbringen will. Um die Investition von Northvolt Drei freizusetzen, bedarf es derzeit noch u. a. der Genehmigung einer weitergehenden TCTF-Förderung, auch bzgl. der Beihilfegenehmigung der KOM, welche damit erstmals in Deutschland zur Anwendung kommen würde.

Zur Unterstützung der Unternehmensansiedlung hat das BMWK mit Northvolt ein Förderpaket entworfen. Dies wird aus den bereits bewilligten Mitteln aus dem Programm „Important Project of Common European Interest“ (IPCEI) i.H.v. 155,67 Mio. €, einer TCTF-Förderung i.H.v. 545 Mio. € sowie einer Wandelanleihe i.H.v. 600 Mio. €, ausgegeben von Northvolt und gezeichnet durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), bestehen. Dieses Paket haben BMWK und Northvolt bei der KOM vorgestellt und die TCTF-Förderung beihilferechtlich zur Notifizierung angemeldet. Die Entscheidung der KOM ist laut BMWK für Herbst 2023 zu erwarten. Das Paket bezieht sich laut BMWK auf die am Standort Heide vollständig geplante Produktionskapazität von insgesamt 60 GWh und einem Investitionsvolumen i.H.v. [redacted]

Das Instrument TCTF wird seitens des BMWK in Anlehnung der Modalitäten einer IPCEI-Finanzierung als gemeinsames Instrument von Bund und Ländern gesehen. Demgemäß erwartet das BMWK eine Beteiligung des jeweiligen Standortlandes von 30 Prozent an den Förderkosten.

Seitens des Landes wurden für die Beteiligung an dem Förderpaket folgende Eckwerte mit dem BMWK verhandelt:

- IPCEI Förderung i.H.v. 155,67 Mio. €
  (finanziert durch Bund und Land zu 70/30, Landesanteil rund 46,7 Mio. €, fällig verteilt auf die Jahre 2024 und 2025),
- Wandelanleihe i.H.v. 600 Mio. € über KfW
  (abgesichert zu je 50 % von Bund und Land (als Gewährleistungszusage gegenüber dem Bund)),
- TCTF Förderung i.H.v. 545 Mio. €
  (grundsätzlich finanziert durch Bund und Land zu 70/30, wobei dem Land der mit der Ausfallwahrscheinlichkeit gewichtete theoretische Barwert der Absicherung der Wandelanleihe i.H.v. rund 75 Mio. € (für den Landesanteil) auf das Gesamtzuschusspaket IPCEI + TCTF angerechnet wird. Da der IPCEI-Anteil des Landes bereits durch eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund feststeht, verbleibt somit für die TCTF-Förderung ein Landesanteil i.H.v. rund 89,8 Mio. €).

Das BMWK hat das Land aufgefordert, seine Anteile schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen, da das mögliche Zeitfenster für eine Ansiedlung von Northvolt auch abhängig von zu schließenden Verträgen zwischen Northvolt und Endkunden ist. Auch sollte das Förderpaket zeitnah zur beihilferechtlichen Entscheidung der KOM (zu erwarten im Herbst 2023) stehen. BMWK hat zudem darauf aufmerksam gemacht, dass die Modalitäten zur Wandelanleihe über das Bundesministerium für Finanzen (BMF) dem Bundestags-Haushaltsausschuss zur Unterrichtung vorgelegt werden müssen. Dies ist nach derzeitigem Stand in der Sommerpause kurzfristig als Umlaufverfahren vorgesehen. Für das Verfahren beim Bund bedarf es aufgrund der in Schleswig-Holstein noch nicht vorliegenden haushaltsrechtlichen Voraussetzungen, zuvor einer zeitnahen Absichtserklärung der Landesregierung über die verabredete Absicherung der Wandelanleihe ggü. dem Bund.

Die Landesregierung wird vor diesem Hintergrund eine Absichtserklärung gegenüber dem BMWK hinsichtlich der Absicherung der Wandelanleihe abgehen, um das Verfahren auf Bundesebene zeitlich nicht zu blockieren. Diese Absichtserklärung beinhaltet den Vorbehalt des Haushaltsgesetzgebers in Schleswig-Holstein. Das BMWK hat vorab bestätigt, dass eine solche Erklärung ausreichend ist, um parallel die formalen Verfahren auf Bundesebene anzugehen.

In einem zweiten Schritt ist ein Nachtragshaushalt notwendig, welcher für die Septembertagung 2023 vorbereitet wird.

Vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages würde die finanzielle Beteiligung des Landes von derzeit rund 46,7 Mio. € an der IPCEI-Förderung um rund 89,8 Mio. € (TCTF-Anteil) auf 136,5 Mio. € steigen. Darüber hinaus würde das Land eine Gewährleistungszusage gegenüber dem Bund i.H.v. 300 Mio. € abgeben, um die Wandelanleihe zu 50 % abzusichern.

Der Vollständigkeit halber sei gesagt, dass – je nach Lage am Kapitalmarkt – von Northvolt zusätzlich eine Großbürgschaft beim BMWK beantragt werden könnte. Als Basis würden neben den Investitionskosten auch die Anlaufkosten der Fertigung gelten, laut BMWK somit ein Gesamtvolumen von insgesamt 6.300 Mio. € Derzeit geht das BMWK in diesem Szenario von einem möglichen Gesamtobligo (80% der Kreditsumme) i.H.v. [redacted] aus. Aufgrund der feststehenden Programmbedingungen für Großbürgschaften (u. a. Volumen > 20 Mio. € sowie Projekt in einer strukturschwachen Region) müsste Schleswig-Holstein gem. den Bedingungen des Großbürgschaftsprogramms des Bundes 50 % tragen. In diesem Szenario ergäbe dies ein Bürgschaftsobligo des Landes für die Großbürgschaft i.H.v. [redacted] Offen ist derzeit, ob seitens Northvolt diese Großbürgschaft beantragt wird.

Mit Blick auf die Bedeutung des Vorhabens bitte ich zum jetzigen Zeitpunkt um Kenntnisnahme des Sachstandes.

Aufgrund der im Förderpaket enthaltenen Daten, die aktuell ein Geschäftsgeheimnis des Unternehmens darstellen, bitte ich darum, diese Informationen besonders vertraulich zu behandeln.

Mit freundlichen Grüßen

gez
Dirk Schrödter